

**Der Antikommunismus in seiner Epoche.  
Weltanschauung, Bewegung, regierende  
Partei**

**Veranstalter:** Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts; Imre Kertész Kolleg Jena  
**Datum, Ort:** 13.11.2014–15.11.2014, Jena  
**Bericht von:** Hanno Balz, Department of History, Johns Hopkins University

Es ist bemerkenswert, wie die Beschäftigung mit der historischen Rolle des Antikommunismus vor allem in der deutschen Geschichte in den letzten Jahren eine Konjunktur erfährt. Nachdem sich bereits 2011 eine Tagung mit dem Antikommunismus in der frühen Bundesrepublik beschäftigt hatte, nahmen nun die Jenaer Veranstalter die Vielfältigkeit, und damit auch Widersprüchlichkeit, des „Antikommunismus in seiner Epoche“ in den Blick. Wie Axel Schildt anmerkte, hätte eine solche Tagung noch vor wenigen Jahren kaum stattfinden können, und in der Tat scheint sich im Bezug auf den Antikommunismus nun ein Raum für eine Historiographie in ehemals deutlich „kontaminiertem“ Gebiet zu öffnen, ähnlich wie vor einigen Jahren eine Beschäftigung mit der Geschichte der RAF (meist) jenseits tradierter Polarisierungen begonnen wurde. Die Tagung war weitestgehend chronologisch und transnational aufgebaut, wobei offen bleiben muss, ob die Verknüpfung bestimmter Zeitabschnitte (grob: 1917-1933; 1933-1945; 1947-1969; 1980-1989) mit einer jeweils spezifischen Qualität antikommunistischer Ideologie nicht zu sehr die *longue durée* wirkungsmächtiger Antikommunisten vom 19. Jahrhundert bis heute aus dem Blick verliert.

Zunächst unternahm ANSELM DOERING-MANTEUFFEL (Tübingen) in seinem Eröffnungsvortrag den Versuch, die Epoche des Antikommunismus und dessen (wandelbare) Gestalt zu umreißen. So sei der Antikommunismus vor allem in Deutschland ein prägender Bestandteil politischer Kultur seit 1918 gewesen, wenngleich sich dies in „Wellenbewegungen“ ausgedrückt habe. Zentral für die mobilisierende Kraft des Antikommunismus sei das inhärente Element der Angst. Sie verweise auf die (imaginierte) materielle und ideelle Bedrohung durch den inne-

ren wie äußeren Feind. Konjunktur erhielt der Antikommunismus dabei immer wieder in Phasen „gesellschaftlicher Zerrissenheit“ wie den beiden Nachkriegsperioden. Die deutlich antisemitische Aufladung eines Antibolschewismus stammte jedoch ebenso aus den in den 1920er-Jahren aktivierten Feindbildern und fand seine exterminatorische Form im deutschen Vernichtungskrieg im Osten. Nach 1945 wurde wiederum an die antikommunistischen Feindbilder der 1920er-Jahre angeknüpft. Dies, so Doering-Manteuffel, sollte unter dem Motto einer „wehrhaften Demokratie“ einerseits die parlamentarische Demokratie stabilisieren, sie schlug jedoch andererseits auch eine ideologische Brücke, die als Angebot an die Nazi- und Soldatengeneration zu verstehen war. Doch spätestens mit Beginn der 1960er-Jahre hatten sich Ausgrenzungsbemühungen unter den Vorzeichen der Totalitarismusideologie abgenutzt, und „der Westen konnte links werden“. Schließlich verloren auch die liberalen Strömungen eines Antikommunismus ihre Bezugspunkte, als mit den Entwicklungen der 1970er- und 1980er-Jahre das Gegenüber des Realsozialismus immer weniger Strahlkraft auszuüben vermochte. Am Ende, so Doering-Manteuffel, „starb der Antikommunismus ab“.

Das erste Panel behandelte den „Antikommunismus im Entstehen“ und damit die Zwischenkriegszeit. ROBERT GERWARTH (Dublin) betonte in seinem Blick auf die Weimarer Republik, dass es sich beim frühen Antibolschewismus mitnichten um ein spezifisch deutsches Problem gehandelt habe, sondern sich schon für die Zeit vor 1914 eine paneuropäische Angst vor dem Umsturz feststellen lässt. Auch in seinem transnationalen Blick auf die Verbindung zwischen Antibolschewismus und Antisemitismus in den Jahren nach 1918 verwies Gerwarth auf wirkungsmächtige Ressentiments beispielsweise in Großbritannien (Churchill). So seien beide Ideologien als „Sinnstiftung in der Unordnung“ nach dem Krieg zu betrachten, welche sich in Osteuropa zunächst in einem stärkeren Maße in Gewalt ausgedrückt habe, während sich dagegen das antibolschewistische Ressentiment im Westen als langlebiger und nachhaltiger herausstellte.

Diesen transnationalen Blick konnten

GRZEGORZ KRZYWIEC (Warschau) und ATTILA PÓK (Budapest) erweitern, indem sie die Entwicklung des Antikommunismus (in Verbindung mit Antisemitismus) in Polen nach 1918 und in Miklós Horthys Ungarn nachzeichneten. Für die Dynamik des Antikommunismus im Osten spielten vor allem der Katholizismus und die Wiedergeburt des polnischen Staates eine wesentliche Rolle, in dessen Folge sich eine Reihe von Organisationen wie die mitgliederstarke „Antibolschewistische Liga“ gründeten. Demgegenüber war in Ungarn gerade der Verlust großer Gebiete nach dem Vertrag von Trianon der Räterepublik des Jahres 1919 angekreidet worden. Hier spielte also eine Erfahrung mit dem Rätekommunismus im eigenen Land, ähnlich wie in Deutschland, eine wichtige Rolle für den ungarischen Antikommunismus, der den „Judäobolschewisten“ für den Niedergang des Reichs verantwortlich machte. Jenseits des mörderischen „weißen Terrors“, der unter Horthy 1920 wütete, fand der Antikommunismus allerdings auch seinen Einzug in das Denken ungarischer Liberaler. Einflussreich waren hier vor allem die Werke von Jászi Oszkár in den 1920er-Jahren. Pók verwies darauf, wie die Wiederentdeckung von Antikommunisten wie Oszkár in Dissidentenkreisen der 1980er-Jahre einen späteren post-sozialistischen Antikommunismus beeinflusste, der die Entwicklung bis zur heutigen rechtsnationalistischen Regierung in Ungarn prägte.

CHRISTIAN UHL (Gent) lenkte daraufhin seinen philosophisch grundierten Blick auf das japanische Kaiserreich vor 1945 und wie sich „Wesen und Wahrheit“ des Antikommunismus dort mit einer Kritik an der Moderne verband. Vor allem die Widersprüche zwischen einer als „östlich“ wahrgenommenen Tradition gegenüber einer „westlichen“ Moderne umreißen das Spannungsfeld, in dem ein spezifisch japanischer Antikommunismus entstehen konnte. Uhl fragte schließlich, inwieweit sich auch am Beispiel des japanischen Nationalismus von einer „Ästhetisierung der Politik“ im Sinne Walter Benjamins sprechen ließe.<sup>1</sup> Dies umso mehr vor dem Hintergrund der einflussreichen reaktionären Strömung einer „Romantisierung des Denkens“, welche

die Kluft zwischen japanischer Nation und Staat zu schließen versuchte und dabei die Linke ins Visier nahm.

Im anschließenden Kommentar von CHRISTINA MORINA (Jena/Amsterdam) und der Diskussion wurde betont, dass während Ismen ihren Ursprung im 19. Jahrhundert hatten, es das 20. Jahrhundert war, welches die Anti-Ismen hervorbrachte. Schließlich wurde gefragt, ob der Antikommunismus als Funktion oder als Zweck an sich zu bewerten sei und zudem der Antibolschewismus als eigenständiges Phänomen einem voll ausgebildeten Antikommunismus voranging.

Das zweite Panel zum Thema „Antikommunismus als Weltanschauung“ eröffnete MICHAEL WILDT (Berlin) mit seiner analytischen Verknüpfung von Antikommunismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus. Bereits während der Revolution 1918 zeigte sich die Verknüpfung von Antisemitismus und Antibolschewismus in seiner virulenten Gestalt. Ab Ende 1918 beschworen völkische Publizisten wie Dietrich Eckart und später Alfred Rosenberg das Gespenst vom „jüdischen Bolschewismus“ als Ausdruck des Feindbilds einer allgemeineren „jüdischen Zersetzung“, welches auf der anderen Seite auch den Liberalismus mit einschloss. Wildt betonte hierbei, wie für die späteren Nationalsozialisten nicht-jüdische Kommunisten weniger die bolschewistische Gefahr darstellten, die SA sogar um „rote Kameraden“ warb, die wieder in die „Volksgemeinschaft“ zu integrieren wären. Der Antisemitismus als elementare Grundlage für den Antibolschewismus der Nationalsozialisten bedingte schließlich dessen eliminatorische Natur.

ANSON RABINBACH (Princeton) fragte anschließend in seinem Vortrag „Antikommunismus als Antitotalitarismus“ mit und gegen Hannah Arendt, ob der Totalitarismus als politische Religion bewertet werden könne.<sup>2</sup> Doch war dem Totalitarismus, so man denn diese Begrifflichkeit überhaupt wählen möch-

<sup>1</sup> Walter Benjamin, Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, in: ders., Gesammelte Schriften Band I, Teil 2, Frankfurt am Main 1980, S. 471–508.

<sup>2</sup> Hannah Arendt, Religion und Politik, in: dies., Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I. 3. Auflage, München 2000, S. 305–324.

te, vielmehr inhärent, dass Ideologie eine „logic of idea“ mit historischen (und natürlichen) Gesetzmäßigkeiten darstellte.

Demgegenüber betonte SIEGFRIED WEICHLIN (Fribourg) die Rolle des Katholizismus für den Antikommunismus. Er stellte heraus, inwieweit Religion nach 1945 in Mittel- und Osteuropa im Vergleich zu den 1920er-Jahren einen anderen Stellenwert einnahm und in gewisser Weise auch den inzwischen tabuisierten Antisemitismus ersetzte. Die 1950er-Jahre sahen schließlich einen Funktionswandel innerhalb des Katholizismus, der nun den Antikommunismus zur „zentralen Botschaft“ im Kalten Krieg werden ließ. Neu war jedoch, so Weichlein, dass sich der katholische Antikommunismus mit seiner Tradition, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichte, nicht mehr auf strukturkonservativer Seite verorten ließ, sondern die Formel der westlichen Integration für sich übernahm.

Einen weiteren internationalen Bogen schlug IRIS SCHRÖDER (Erfurt) mit ihrem Vortrag zu den „Internationalen Organisationen und Antikommunismus“ und verwies hier zunächst auf die Rolle der „Internationalen Arbeitsorganisation“, die bereits 1919 als Reaktion auf die Revolutionen in Europa gegründet wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es vor allem UNO und UNESCO, die für einen Antikommunismus instrumentalisiert werden sollten, was mal mehr, mal weniger gelang. Ab den späten 1960er-Jahren wurde, so Schröder, ein wesentlicher Akzent auf Menschenrechtsdiskurse in den internationalen Organisationen gesetzt, der seinen Höhepunkt 1975 in der KSZE-Schlussakte von Helsinki fand.

In seinem Kommentar des Panels äußerte JENS HACKE (Hamburg) den Verdacht, dass es sich beim Antikommunismus in den 1950er-Jahren mehr um eine Waffe im politischen Tageskampf handelte, als um ein geschlossenes Weltbild. Mit Blick auf eine Renormativierung hätten die Debatten der 1950er-Jahre ihren Nachhall erst in den darauffolgenden Jahrzehnten gefunden.

Das dritte Panel wurde durch die Darstellung des Antikommunismus unter Franco von STEFANIE SCHÜLER-SPRINGORUM (Berlin) eröffnet. Vom Ende der spanischen

Diktatur her betrachtet scheint es, als habe der Antikommunismus Francos die Partido Comunista de España (PCE) in den 1970er-Jahren erst stark gemacht. Am Beispiel Spaniens zeigte sich, wie wenig eine Wahnvorstellung, wie jene Francos von der „jüdisch-bolschewistischen Freimaurer-Verschwörung“, real existierende Kommunisten als Gegenüber brauchte, war doch die PCE bis 1934 fast bedeutungslos gewesen. Vielmehr spielten hier alte Feindbilder des Anarchisten und eines betont anti-klerikalen Liberalismus des 19. Jahrhunderts in das antikommunistische Weltbild hinein. Dieses äußert sich schließlich in einer von Franco 1936 verkündeten „Säuberungsbewegung“, die massiv von der katholischen Kirche unterstützt wurde.

Während AMEDEO OSTI GUERRAZZI (Rom) ebenfalls auf die wichtige Rolle der katholischen Kirche bei der Kommunistenverfolgung in Mussolinis Italien verwies und den Antikommunismus für die Etablierung verschiedener neuer Geheimdienst- und Polizeieinheiten verantwortlich machte, verwies AXEL SCHILDT (Hamburg) vor allem auf die Bedeutung der Abendland-Ideologie für den bundesdeutschen Antikommunismus. Diese habe ihren Ursprung bereits in der NS-Propaganda nach der Niederlage in Stalingrad gehabt, die für einen paneuropäischen Kampf gegen den Bolschewismus warb. Vor allem wurde das Narrativ einer „Rettung des Abendlandes“ auch von den Attentätern des „20. Juli“ bedient. In der Bundesrepublik erfuhr unter Adenauer der Kommunismus als äußere Gefahr eine dramatische Inszenierung, z.B. in dem Slogan „Sklaverei oder Freiheit“, und bediente damit Jahrhunderte alte Feindbilder von den „Heidenscharen aus dem Osten“.

JÖRG NAGLER (Jena) lenkte schließlich den Blick auf die Entwicklung des Antikommunismus in den USA zwischen der ersten „Red Scare“ nach 1918 bis in die McCarthy-Ära. Er betonte die Rolle, die Fremdenfeindlichkeit bei der Auseinandersetzung spielte und inwiefern in einer Einwanderungsgesellschaft das Innen und Außen noch stärker miteinander verzahnt ist. So sei ab den 1880er-Jahren die Angst vor dem „subversiven Gepäck“ der Einwanderer in den USA virulent

---

gewesen. Schließlich gipfelten die Verschwörungssängste spätestens mit McCarthy in politische Mobilisierung und Vigilantismus – Abweichung war nun „unamerikanisch“.

Der Kommentar JULIA EICHENBERGS (Berlin) fasste den Antikommunismus als Konglomerat aus Ängsten – vor Verschwörungen und Besitzverlust – und fragte nach deren systemstabilisierender Wirkung. Dagegen warf Albrecht von Lucke ein, dass bisher zu oft der Konnex zur Rolle der Kommunisten in jener Zeit ausblendet werde, und auch Lutz Niethammer betonte die „Nahefahung“ mit dem Kommunismus, die einen spezifischen Antikommunismus von links (wie beispielsweise bei Herbert Wehner) geprägt habe.

Das letzte Panel fragte schließlich: „Antikommunismus am Ende?“ und wurde eröffnet von DOMINIK RIGOLLS (Jena/Princeton) Vergleich des Anti-Antikommunismus in Frankreich und Deutschland. Bereits in den 1920er-Jahren habe der Antikommunismus in beiden Staaten unterschiedliche Formen angenommen: War er in Deutschland charakterisiert durch politische Morde und Verbote, so habe in Frankreich die eigentliche Repression erst 1939 mit dem Hitler-Stalin-Pakt eingesetzt. Für die französische Volksfrontpolitik der 1930er-Jahre war demnach die gemeinsame Klammer des Antifaschismus prägender, und ab 1936 habe sich zudem die Parti communiste français / Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) als Partei der Ordnung inszeniert. Dies war prägend auch für die Nachkriegsjahre, als in Deutschland die KPD als Gefährdung der Westintegration angesehen wurde, während auf der anderen Seite des Rheins schon früh eine Konsenspolitik unter Einbezug der Linken herrschte.

Während im Beitrag von MICHAL KOPECEK (Prag) die Rolle des Antikommunismus für die tschechischen Dissidenten und deren „unified language of human rights“ herausgestellt wurde, was sich in einem „dissident, anti-political, moral“ Antikommunismus gegenüber einer neoliberalen Variante ausdrückte, die sich nach 1989 als wirkungsmächtiger herausstellte, verwies THOMAS A. SCHWARTZ (Nashville) auf den Antikommunismus der Reagan-Ära. In den

1980er-Jahren erlebte der Antikommunismus, so Schwartz, sein „second coming“, allerdings vor allem als „hollow shell“ des McCarthyism. Zwar sei Reagan selbst glühender Antikommunist gewesen, jedoch spielte sich dessen antikommunistische Politik eher an der Oberfläche ab und äußerte sich in einer Politik des Anti-Sowjetismus, die sich bald zur Realpolitik wandelte. Im Kommentar von AGNES ARNDT (Berlin) und der Paneldiskussion wurde auf eine pragmatischere Form des Antikommunismus in den 1980er-Jahren hingewiesen, der nicht mehr wie zuvor mobilisierend wirkte. Doch wurde auch nach Interdependenzen und Transfers in den antikommunistischen Diskursen zwischen West und Ost gefragt. Nicht zuletzt wurde auch gefragt, inwieweit der Antikommunismus ein Element einer Wirtschaftspolitik unter den Vorzeichen des Neoliberalismus darstellte.

In der abschließenden Roundtable-Diskussion mit WŁODZIMIERZ BORODZIEJ, GERD KOENEN, ANETTE LEO und ALBRECHT VON LUCKE wurde von den Beteiligten vielfach eine biographische Perspektive eingebracht. Als Gewinn der Konferenz, so wurde vermerkt, sei es gelungen, den Antikommunismus zu historisieren und auch dessen transnationalen Gehalt hervorzuheben. Naheliegend war schließlich die Frage, inwiefern auch heute noch originäre Elemente eines Antikommunismus in den Diskursen zu finden sind, was in der Betrachtung aktueller Diskussionen beispielsweise zur Rot-Rot-Grünen Regierung in Thüringen oder zum Ukraine-Konflikt gegeben erscheint.

Zuletzt blieb schließlich die Frage, um die sich während dieser Konferenz Vieles drehte: Braucht der Antikommunismus die Kommunisten ebenso wenig wie der Antisemitismus die Juden?

#### **Konferenzübersicht:**

Anselm Doering-Manteuffel (Tübingen), Der Antikommunismus in seiner Epoche

*Panel 1: Antikommunismus im Entstehen*

Robert Gerwarth (Dublin), Antikommunismus in der Weimarer Republik

Grzegorz Krzywiac (Warschau), Antikommunismus und Antisemitismus in Polen nach

1918

Attila Pók (Budapest), Antikommunismus in Hortys Ungarn

Christian Uhl (Gent), Antikommunismus im japanischen Kaiserreich

Kommentar: Christina Morina (Jena / Amsterdam)

*Panel 2: Antikommunismus als Weltanschauung*

Michael Wildt (Berlin), Antikommunismus - Antisemitismus - Nationalsozialismus

Anson Rabinbach (Princeton), Antikommunismus als Antitotalitarismus

Siegfried Weichlein (Fribourg), Katholizismus und Antikommunismus

Iris Schröder (Erfurt), Internationale Organisationen und Antikommunismus

Kommentar: Jens Hacke (Hamburg)

*Panel 3: Antikommunismus als regierende Partei*

Stefanie Schüler-Springorum (Berlin), Antikommunismus unter Franco

Amedeo Osti Guerrazzi (Rom), Antikommunismus im italienischen Faschismus

Axel Schildt (Hamburg), Antikommunismus von Hitler zu Adenauer

Jörg Nagler (Jena), Antikommunismus von der ersten Red Scare zu McCarthy

Kommentar: Julia Eichenberg (Berlin)

*Panel 4: Antikommunismus am Ende?*

Dominik Rigoll (Jena / Princeton), Anti-Antikommunismus in Frankreich und Westdeutschland

Michal Kopecek (Prag), Dissidenz und Antikommunismus

Thomas A. Schwartz (Nashville), Antikommunismus in der Reagan-Ära

Krzysztof Ruchniewicz (Wroclaw), Antikommunismus in Polen in den 1980er-Jahren

Kommentar: Agnes Arndt (Berlin)

*Abschlussdiskussion: Was ist Antikommunis-*

*mus?*

Włodzimierz Borodziej (Warschau / Jena) / Gerd Koenen (Frankfurt am Main) / Annette Leo (Berlin) / Albrecht von Lucke (Berlin)

Gesprächsleitung: Joachim von Puttkamer (Jena)

Tagungsbericht *Der Antikommunismus in seiner Epoche. Weltanschauung, Bewegung, regierende Partei*. 13.11.2014–15.11.2014, Jena, in: H-Soz-Kult 08.01.2015.